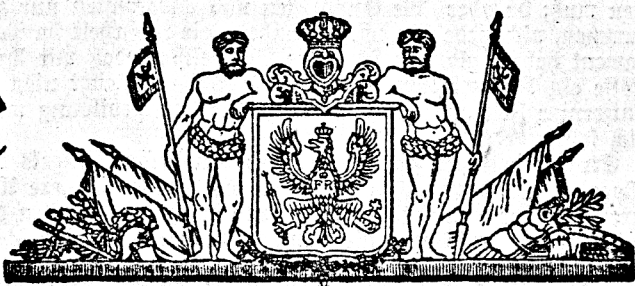


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Einzeln Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 bis 11 852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Herr Dard.

Der französische Gesandte in München.

Von München her geht durch alle möglichen Kanäle allmählich eine gefährliche Legende über die Stellung der Alliierten zur bayerischen Entlassungsfrage über. Herr Dard, der französische Gesandte in Bayern wird beschuldigt, Zusagen über französische Entgegenkommen gemacht zu haben, die nachher von Paris nicht eingehalten sind. Als früher von Berlin behauptet wurde, gewisse bayerische Kreise teilnehmend mit Herrn Dard, ist das entkräftet zurückgewiesen worden. Jetzt beklagt sich die einst sittlich entkräftete Jungfrau darüber, daß das Cheverfprechen nicht eingehalten sei. Damit dürfte die Intimität doch eingestanden sein. Die Sache erinnert lebhaft an die berühmte Geschichte mit dem Topf: es wird bestritten, daß er weggenommen, aber behauptet, daß er schon lange zurückgegeben sei, es wird bestritten, daß er vom Täter zerschlagen, aber behauptet, daß er schon vorher kaputt war.

Wenn man wissen will, daß Herr Dard etwas gesagt und versprochen habe, so mag man auch den Mut haben, den Inhalt seiner Versicherungen möglichst wortgetreu zu reproduzieren. Sonst bleibt als vermutlicher Tatbestand, daß die Redensarten, die Herr Dard als höflicher Mann gemacht haben mag, genau so unverbindlich gewesen sind, wie das, was kürzlich der englische General Malcolm oder der englische Generalkonsul in München gesagt haben soll. Die Bayern sind anscheinend noch redseliger gegenüber fremden Diplomaten, als andere Deutsche. Der Bayer ist gerade und schroff und pflegt mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge zu halten. Er sieht deshalb in einem verbindlichen Nicken oder einer allgemeinen höflichen Redensart schon eine Zusage. Die Bayern scheinen das Scherzwort als harte Münze zu nehmen: wenn ein Diplomat „ja“ sagt, dann meint er „vielleicht“, wenn er „vielleicht“ sagt, dann meint er „nein“ und wenn er „nein“ sagt, dann ist er kein Diplomat.

Nach unseren Informationen, die wir für recht gut halten dürfen, hat Herr Dard nicht einmal „vielleicht“ gesagt, sicher aber stets „nein“ gemeint. Die entschiedene Stellung der französischen Regierung in der Entlassungsfrage ist nicht gegen Herrn Dard und über seinen Kopf hinweg erfolgt. Es ist kein Zufall, daß die energischen Noten der Alliierten kurz nach Herrn Dards Aufenthalt in Paris ergangen sind. Sie stehen im innigsten Zusammenhang mit seinem ausführlichen Vortrag, den er damals den maßgebenden Stellen seiner vorgesetzten Behörde gehalten hat. Dieser Vortrag scheint sehr eingehend gewesen zu sein. Denn anscheinend haben die Bayern ihm nichts verschwiegen. Sie glaubten eben, er sei ganz mit ihnen einverstanden und haben den Schleier von ihren letzten Geheimnissen gezogen. In Bayern schimpft man jetzt Herrn Dard einen Agent provocateur. Daß er ein Agent seiner Regierung ist, hätte den Bayern immer selbstverständlich erscheinen sollen. Zu provozieren brauchte er anscheinend nicht. Man hat ihm alles, was er wissen wollte, eifrig ins Haus getragen und mündgerecht serviert.

Es wird nicht lange dauern, dann werden die Bayern mit den Engländern die gleichen Erfahrungen machen. Vielleicht werden sie dann daraus die Lehre ziehen, daß die Wilhelmstraße in Berlin ihnen schließlich immer noch näher steht als der Quai d'Orsay in Paris. Vorläufig pflegen sie aber noch die Legende, daß Frankreich Aufruhr in Deutschland und Zerstückelung des Reiches wünscht, die Engländer dagegen Ruhe im Reich und ein einiges Deutschland.

Ein Berliner Gymnasiast, der Sohn eines deutschen Politikers, der sich sehr den Kopf darüber zergründelt, wie eigentlich der Weltkrieg zustande gekommen sei, kam neulich nach Hause und erklärte seinem Vater freudestrahelnd: „Ich weiß jetzt ganz genau, wie alles gekommen ist.“ Allgemeines Erstaunen an der elterlichen Tafelrunde. Auflösung des Rätsels aus Kindermund: „Es war alles vorbereitet, daß ein deutscher und ein englischer Diplomat sich treffen sollten, um alle Reibungen aus der Welt zu schaffen. Das haben die Franzosen vereitelt. Sie veranstalteten ein Eisenbahnunglück. Die Zusammenkunft konnte nicht stattfinden und der Weltkrieg mußte ausbrechen.“ Bhd.

## Die Streitabstimmung bei der Eisenbahn.

Große Mehrheit für den „Eventualstreik“.

Die von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner veranstaltete Urabstimmung unter den Beamten und Arbeitern darüber, ob sie im Prinzip sich damit einverstanden erklären, daß im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen mit der Regierung das äußerste Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes, der Streik, angewendet werden soll, ist bereits ziemlich abgeschlossen. Es stehen nur noch wenige Bezirke aus, die an dem Gesamtergebnis wenig ändern können. Die Beteiligung an der Abstimmung schwankte zwischen 70 und 98 v. H. Von den Beamten und Arbeitern, die abstimmten, haben sich bisher 124 500 für und nur 18 500 gegen die Anwendung des Streikmittels ausgesprochen.

Daß diese Abstimmung zunächst nur prinzipielle, aber noch keine praktische Bedeutung hat, haben wir mehrfach hervorgehoben. Es ist höchst wahrscheinlich, daß praktische Folgen sich nicht ergeben

werden. Heute haben im Reichsverkehrsministerium unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stöcker die angekündigten Verhandlungen zwischen der Regierung und den Verbänden der Eisenbahner begonnen. Auf Seiten der Regierung besteht der gute Wille, den Beamten in der Erhöhung der Leistungszulagen so weit entgegenzukommen, als die Reichsfinanzen es überhaupt nur gestatten. Bei den Vertretern der Eisenbahner besteht zweifellos ebenso gut der Wille, nicht auf unmöglichen Forderungen zu bestehen und zu einem Kompromiß zu gelangen. So darf man hoffen, daß die Verhandlungen, die freilich geraume Zeit dauern werden, zu einem positiven Ergebnis führen.

Die Gefahr eines Eisenbahnerstreiks ist daher, wenn nicht unerwartete Komplikationen eintreten, nicht hoch einzuschätzen, trotz der Versuche kommunistisch gesinnter Eisenbahner, Zeitstreiks herbeizuführen, ohne Rücksicht auf die Verhandlungen mit der Regierung. Derartige Versuche sind bisher überall fehlgeschlagen. Die Mitteilungen über eine Besetzung des Hauptbahnhofs in Leipzig durch kommunistische Eisenbahner und über einen Zeitstreik der Eisenbahner im Bezirke Elberfeld entsprechen nicht den Tatsachen.

## Zusammenstöße in Flensburg.

10 Tote, 20 Verwundete.

In Flensburg haben gestern nach der Besetzung des erschossenen Kommunisten Paul Hoffmann schwere Ausschreitungen der Kommunisten stattgefunden, die mit einem blutigen Zusammenstoß zwischen Schutzpolizei und Demonstranten geendet haben. Die Schutzpolizei machte von der Waffe Gebrauch, zehn Personen sind getötet, etwa 20 verwundet worden.

Paul Hoffmann ist nach einer amtlichen Darstellung, wie bekannt, erschossen worden, als er sich nach seiner Festnahme durch die Flucht der Einkleinerung in das Untersuchungsgefängnis entziehen wollte. Die Staatsanwaltschaft in Flensburg hat eine Obduktion der Leiche angeordnet, und eine gerichtliche Untersuchung, durch die der Fall wohl einwandfrei aufgeklärt werden wird, ist im Gange. Die Besetzung Paul Hoffmanns haben seine Gesinnungsgenossen zum Anlaß einer großen Demonstration benützt. Vor dem mit vier Pferden bespannten Leichenwagen marschierte eine Musikkapelle und die Kranzträger, hinter dem Leichenwagen ein Zug von vielen Tausenden, in dem Inschriften getragen wurden: „Gedenkt Rosa Luxemburg und Liebknecht“, „Gedenkt der Opfer des weißen Schreckens“. Um allen Ausschreitungen vorzubeugen, hatte der Regierungspräsident ein Alkoholverbot erlassen. In der Stadt waren die Geschäfte meist geschlossen, die Auslagefenster verhängt, auch die Straßenbahn hatte den Verkehr eingestellt.

Durch all diese Vorbeugungsmaßnahmen ist nicht verhindert worden, daß nach erfolgter Besetzung mehrere tausend Kommunisten vor die Kaserne der Schutzpolizei zogen. Nach dem uns vorliegenden Bericht ist von der Menge der Versuch gemacht worden, die Kaserne zu stürmen und an der Schutzpolizei Rache für die Erschießung Paul Hoffmanns zu nehmen. Die in der Kaserne befindliche Abteilung der Schutzpolizei sah sich — nach diesem Berichte — gezwungen, zu ihrem Schutze Feuer zu geben. Nach den ersten Schüssen aus dem Maschinengewehr räumte die Menge den Platz vor der Kaserne. Die Nacht zu heute ist ruhig verlaufen. Eine Fortsetzung der Unruhen wird aber für möglich gehalten, und der Regierungspräsident hat daher veranlaßt, daß die Schutzpolizei in Flensburg erhebliche Verstärkung erhielt.

Flensburg, 5. Januar. (W. L. B.)

An der gestern nachmittag erfolgten Beerdigung des von der Polizei auf der Flucht erschossenen Kommunistenführers Hoffmann nahmen viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen teil. Aus Hamburg und anderen Orten waren viele Kommunisten herbeigekommen, und es wurden aufreizende Reden an die Menge gehalten.

Nach Abhaltung zweier Kommunistenversammlungen zogen etwa 400 Personen vor die Sipokaserne, um dort einzudringen. Die Polizei verteidigte sich zunächst mit Feuerstrahlen und Schreißköpfen. Als gegen 11 Uhr abends die Menge durch das äußere Tor der Kaserne eindrang, wurde auch scharf geschossen, wobei es auf Seiten der Demonstranten 7 Tote und 22 Verwundete gab. Auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter verwundet. 40 Personen wurden verhaftet, darunter der Führer der Flensburger Kommunisten.

Noch in der Nacht vorbereiteten die Mehrheitssozialisten ein Flugblatt, worin sie von den Demonstranten abzurufen, Bestrafung der Aufwiegler verlangen und die Arbeiterschaft zur Rückkehr in die Betriebe auffordern. Dieser Aufforderung ist man heute morgen fast restlos nachgekommen.

## Englands abwartende griechische Politik.

Paris, 5. Januar. (W. L. B.)

Nach einer Meldung aus London berichtet Reuter: Die britische Regierung beabsichtigt nicht, die offiziellen Beziehungen zu Griechenland zu ändern. Diese werden von der Haltung des griechischen Volkes abhängen. Wenn die Ratifikation des Vertrages von Sévres durch Großbritannien noch nicht stattgefunden hat, so rührt dies zunächst daher, daß die britische Regierung von anderen Fragen stark in Anspruch genommen war. Nach den jüngsten Ereignissen wird man aber warten, bis die Lage in Griechenland und im nahen Osten klarer geworden ist.

## Die griechische Kammer.

Von

Karl Lahn,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

\* Athen, 26. Dezember.

Die innere Politik Griechenlands wird auf absehbare Zeit hinaus von der alleinigen Frage „Konstantin“ beherrscht sein. Das neugewählte Parlament konnte nicht zusammentreten, ehe der König im Lande wieder Fühlung mit allen Behörden genommen hatte; dann standen die orthodoxen Festwochen bevor, die nach einer ersten förmlichen Sitzung die Tagung unterbrachen. Die Abgeordneten der neuen Kammer wissen, daß bei den Wahlen sie selbst viel weniger denn Konstantin gewählt wurden. Ihr Programm lautete: Rückkehr des verbannten Königs. Daraufhin legten sie, auch manche unbedeutende, die dank dieser unfehlbaren Parole Benizelisten von Rang schlagen konnten. Würde, nachdem jetzt der Volkswille erfüllt ist, irgendein anderes wichtiges Problem, etwa ein wirtschaftliches, in den Vordergrund treten, müßten vielleicht von Rechts wegen Neuwahlen ausgeschrieben werden, da im November kaum nach etwas anderem gefragt wurde als: „Konstantin“ oder „Benizelos“. Heute ist Konstantin zwar in Athen, doch nicht von der Entente Ingnaden. Er muß noch verteidigt werden. Die gesamte innere Politik hängt bis auf weiteres von der äußeren ab — deshalb hat dies „Königsparlament“ noch auf absehbare Zeit Daseinsberechtigung.

Zwei Konstantinisten beherrschen das Parlament: Gunaris, der Kriegsminister, und Stratos, der es ablehnte, dem greifen Phallis gleichzeitig mit Gunaris bei der Regierungsbildung Hilfe zu leisten. Für den Anfang genießt von beiden rührigsten Führern Gunaris den größeren Anhang; auch er war „verboten“, wie der König, wurde als einer der Ersten Ende Juni 1917 nach Naccio verbracht, und darum wollte ihn das Volk. Etwa 50 Jahre alt, hochgewachsen, Advokat, eleganter Redner und gewiegter Parlamentarier von Staatsmännischen Fähigkeiten, aus seiner Minister- und Ministerpräsidenten-Laufbahn in bester Erinnerung, trug er durch den besonderen Kredit, den er im Lande genießt, ein wesentliches dazu bei, den gewaltigen Umschwung vom venizelistischen zum konstantinistischen Regime ohne viel Aufhebens und vor allem ohne jedes Blutvergießen durchzuführen. Auch sein Haus war nach dem Syoner Attentat auf Benizelos von einer organisierten Bande ausgiebig verwüstet worden. Aber er wußte, daß es höchste politische Kunst ist, keine Ranküne zu zeigen und keine Repressalien zu üben. Benizelos, in dessen Namen eine wahrhaft unglaubliche Gewalt Herrschaft mit unausgesetzten persönlichen Verfolgungen ausgeübt wurde, hätte nicht zu flüchten brauchen; ihm wäre kaum etwas geschehen. Seine Anhänger behaupten auch heute, er wäre nur so eilig abgereist, weil er Widerwillen über den Undank des Volkes empfunden habe. In Wahrheit aber hielten er und sein Stab es wohl kaum für möglich, daß die lange gequälten und jetzt siegreichen Gegner nicht Gleiches mit Gleichem vergelten würden: er war unter dem Schutze der Maschinengewehre und Karabiner seiner Kreuzzug Gen darmen geflohen, als noch niemand an das Ende seines Regimes glauben wollte. Durch die milde Handhabung der Gewalt und die so leichte Aufrechterhaltung der Ordnung nach den ersten lärmenden, aber völlig unblutigen Freudentagen, die den Wahlen folgten, gelang es Phallis und Gunaris, den Eindruck zu erwecken, als ob Benizelos tatsächlich nur mit einem verschwindend geringen Häuflein von Abenteurern regiert und niemals, trotz des großen Ergebnisses seiner Kriegspolitik, über einen nennenswerten Anhang im Volke verfügt habe.

Weiterlich leitete Gunaris die Vorbereitungen für den Königsempfang. Täglich wurde in den Zeitungen wiederholt, daß es nur einen reinen Volksempfang, keinen offiziellen geben werde; Tribünen wurden an der angeblichen Landungsstelle des neuen Phalaxen erbaut, über die mit Triumphbogen geschmückte Phalaxen-Straße — so etwas wie Athens Oberbürger Heerstraße — sollte der Wagen des Königs-paares von der jubelnden Masse der Untertanen zum Schlosse geleitet werden. Dann plötzlich, in der letzten Stunde, kam die völlige Umstellung des Programms. Hatte schon der „Volksempfang“ das Gute, die Diplomaten der unangenehmen Frage zu überheben, wie sie ihr Fernbleiben erklären sollten, so sorgte das günstige Unwetter im Adriatischen Meer, mit dem das Reiseende auf der Bahn und die Ankunft mitten in der Stadt begründet wurde, für die Umgehung der unangenehmen Tatsache, daß die bedrohlich im Pyräus liegenden englischen und französischen Kreuzer dem Königs-schiff keinen Salut zollen wollten. Aber noch, Gunaris führte mit der Schlaueit eines Odysseus venizelistische Fanatiker, wenn es solche geben sollte, irre, und machte etwaige Altentatsabsichten unmöglich. Denn wenn auch die größte Zuversicht zur Schau getragen wurde und es feststand, daß die Volksmenge jedem Böjewicht ganz rabiat mitgespielt haben würde, so erzählten doch Eingeweihte, es seien ein paar Benizelisten verhaftet worden, die sich verdächtig in Frauenkleidern und Kutten in Athen herumtrieben. Eines stand fest: daß ganz im geheimen vom ersten Tage an der zweite Empfang am Laurion-Bahnhofe vorbereitet und die Aus-